GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften und die Geschlechtsfrage im gesellschaftlichen Umbruch

Dölling, Irene

1991

https://doi.org/10.25595/158

Veröffentlichungsversion / published version
Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dölling, Irene: *Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften und die Geschlechtsfrage im gesellschaftlichen Umbruch*, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990 (Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1991), 407-407. DOI: https://doi.org/10.25595/158.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Die Modernisierung moderner Gesellschaften

Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990

Herausgegeben im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von Wolfgang Zapf

Campus Verlag
Frankfurt/New York

MP 5000 V512-25,1

W 1029

– Universitätsbibliothek –
Zweigbibliothek Sozialwissenschaften
Clara-Zetkin-Straße 112
O - 1086 Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die Modernisierung moderner Gesellschaften : Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990 / hrsg. im Auftr. der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von Wolfgang Zapf. – Frankfurt/Main ; New York : Campus Verlag, 1991
ISBN 3-593-34574-9
NE: Zapf, Wolfgang [Hrsg.]; Deutscher Soziologentag <25, 1990, Frankfurt, Main>

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Copyright © 1991 Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main
Umschlaggestaltung: Atelier Warminski, Büdingen
Satz: Norbert Czermak, Geisenhausen
Druck und Bindung: Druckhaus Beltz, Hemsbach
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort
Wolfgang Zapf

Begrüßungsansprachen

Klaus Ring (Präsident der J. W. Goethe-Universität Frankfurt) 15
Volker Hauff (Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt) 17
Linda Reisch (Dezernentin für Wissenschaft und Kunst der Stadt Frankfurt) 19

Eröffnungsreferate

Modernisierung und Modernisierungstheorien
Wolfgang Zapf 23

Der Konflikt der zwei Modernen
Ulrich Beck 40

Einzelreferate

Naturwissenschaftliche Modelle, soziologische Theorie und das Mikro-Makro-Problem
Renate Mayntz 55

Die Soziologie in der DDR im Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten
Hansgünter Meyer 69

Das Moderne der modernen Gesellschaft
Niklas Luhmann 87

Schwierigkeiten der Soziologie mit dem Prozeß der Modernität
Erwin K. Scheuch 109

Die offene Gesellschaft und ihre Ängste
Ralf Dahrendorf 140

Frankfurt – die Stadt und ihre Soziologie
Ludwig von Friedeburg 151

Plenum 1
Postmodernismus und Kulturtheorie

Pluralisierung und Anerkennung. Zum Selbstmißverständnis postmoderner Sozialtheorien
Axel Honneth 165

Gesellschaft ohne Meta-Erzählung?
Wolfgang Welsch 174

Post-modernism as generalized conformism
Cornelius Castoriadis 185

The Need for Nurture and the Culture of Coolness: A study of Advice Books for Women
Arlie Russel Hochschild 196

Partizipation – ›Yuppisierung‹ – Gewalt. Über Kreativität heute
Hans Joas 205

Utopien der Stagnation. »Postmoderne« und »post-histoire« als kulturkritische Zeitdiagnosen
Karl-Siegbert Rehberg 212

Plenum 2
Produktion, Arbeitsteilung, Arbeitsgesellschaft

Einführung
Walter Müller/Wilhelm Schumm 229

Entdifferenzierung als Perspektive für Marktwirtschaften?
Johannes Berger 233

Transformationsprozesse im modernen Kapitalismus. Forschungsperspektiven zur Analyse industrieller Rationalisierung
Wilhelm Schumm 248

Arbeit, Vergesellschaftung, Identität – zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit
Martin Baethge 260

Beschäftigungsstrukturen im Wandel: Die Bundesrepublik im internationalen Vergleich
Heinz-Herbert Noll 279

Neue Strukturen zwischen Markt und Staat in Osteuropa? Transformationsprobleme in Ungarn: Zwischen Privatisierung und Interessenvertretung
János Lukács 293

Plenum 3
Westeuropäische Integration oder Desintegration

Einführung
Bernhard Schäfers 303

Die Europäische Gemeinschaft; Rationalitätskriterien der Regimebildung
M. Rainer Lepsius 309

Politische Integration Westeuropas: Probleme der Legitimation
Max Kaase 318

Die europäische Integration und das Recht
Christian Joerges 330

EG-Integration zwischen Wirtschaft und Kultur. Das Beispiel Medienpolitik
Hans J. Kleinsteuber 337

Europa als Kulturprozeß
Wolfgang Lipp 349

Die soziale Dimension der europäischen Integration: externe Grenzbildung und interne Strukturierung – Zusammenfassung
Peter Flora 357

Plenum 4
Klassengesellschaft, Patriarchat, Individualisierung

Einführung
Sozialstrukturelle Paradoxien und gesellschaftliche Modernisierung
Stefan Hradil 361

Geschlechtssensibilisierte Soziologie. Können askriptive Merkmale eine vernünftige Gesellschaftstheorie begründen?
Reinhard Kreckel 370

Individuum, Klasse und Geschlecht aus der Perspektive der Kritischen Theorie
Regina Becker-Schmidt 383

Wenn es konkret wird: Hat marxistische Klassentheorie Chancen in der modernen Unübersichtlichkeit?
Michael Thomas 395

Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften und die Geschlechterfrage im gesellschaftlichen Umbruch
Irene Dölling 407

Bewegung im Verhältnis der Geschlechter und Klassen und der Patriarchalismus der Moderne
Ute Gerhard 418

Plenum 5
Modernisierung, Gegenmodernisierung und ihre Träger bzw. ihre Trägerinnen

Einführung
Ilona Ostner 433

Schulentwicklung und der nicht-technische Fortschritt der Gesellschaft
Gero Lenhardt 435

Modernization Processes In (Real) Socialist Countries
Leszek Nowak 449

Modernisierung und Gegenmodernisierung im China der achtziger/neunziger Jahre – aus der Perspektive von Familie und Familienpolitik
Gudula Linck 455

Backward Toward The Postmodern Family
Judith Stacey 483

Plenum 6
Politik der Modernisierung, Grenzen der Steuerung

Politische Steuerung in der Organisationsgesellschaft – am Beispiel der Forschungspolitik
Uwe Schimank 505

Die »Adhocracy« in modernisierungstheoretischer Sicht
Christoph Deutschmann 517

Steuerung durch plurales Recht. Oder: Wie die Politik den normativen Mehrwert der Geldzirkulation abschöpft
Gunther Teubner 528

Plenum 7
Systemveränderung sozialistischer Gesellschaften

Systemveränderung sozialistischer Gesellschaften – eine Herausforderung für die soziologische Theorie
Karl Otto Hondrich 553

Revolution in der DDR. Versuch einer sozialwissenschaftlichen Interpretation
Sigrid Meuschel 558

Plenum 8
Naturbeherrschung, Technik und Gesellschaft

Einführung
Helga Nowotny 577

Kontingenzerhöhung. Zur Dynamik von Naturbeherrschung in modernen Gesellschaften
Wolfgang van den Daele 584

Symbolische Imperative. Zu Natur und Beherrschungsprogramm der Wissenschaftlichen Moderne
Herbert Mehrtens 604

Naturbeherrschung und Weiblichkeit. Feministische Kritik der Naturwissenschaften
Elvira Scheich 617

Plenum 9
Wandel der Lebensführung und der Lebensformen

Einführung
Rosemarie Nave-Herz 633

Soziale Ungleichheit, soziale Räume und sozialer Wandel
Hans Bertram 636

Soziale Ungleichheit und die Differenzierung von Lebensverläufen
Karl Ulrich Mayer 667

Normalitätsunterstellungen bezüglich des Wandels in der weiblichen Lebensführung zwischen Erwerbsarbeit und Familie
Helga Krüger 688

Migration, ethnische Differenzierung und Modernisierung der Lebensführung
Bernhard Nauck 704

Plenum 10
Soziologisches Wissen und soziologische Kontroversen

Einführung: Der Beitrag der Soziologie zur gesellschaftlichen Entwicklung zwischen Datenakkumulation und Deutungsmusterproduktion
Joachim Matthes/Ansgar Weymann 725

Zukünftige Aufgaben der Soziologie
Neil J. Smelser 731

Verfällt die »soziologische Methode«?
Hartmut Esser 743

Entzauberte Soziologie oder: Abschied von der klassischen Gesellschaftstheorie
Bernd Giesen 770

Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland – Rückblick und Ausblick
Karl-Martin Bolte 784

Die Soziologentage in Frankfurt seit 1910
Wolfgang Glatzer/Bärbel Weiß 801

Die Autoren 811

Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften und die Geschlechtsfrage im gesellschaftlichen Umbruch

Irene Dölling

Im Herbst 1989, als für eine kurze Zeit alles möglich schien, gingen Frauen in der DDR mit Forderungen und konzeptionellen Vorstellungen an die Öffentlichkeit, die auf eine Gesellschaft zielten, in der auch das Verhältnis der Geschlechter neu geordnet werden sollte. Die in alle Verhältnisse eingeschriebenen Strukturen männlicher Dominanz, Macht und Bevorteilung sollten der öffentlichen Kritik unterzogen und im Zuge einer umfassenden Demokratisierung praktisch überwunden werden. Nicht Bitten oder Forderungen an den Staat, sondern aktive und eigenständige Beteiligung an der politischen Willensbildung (z.B. am Zentralen Runden Tisch), gegründet auf vielfältige autonome Aktivitäten von Frauen, war die Devise der schnell entstandenen Frauenbewegung. Nicht allein Defizite des Staatssozialismus hinsichtlich der »Frauenfrage« wurden eingeklagt – viel genereller wurde der untrennbare Zusammenhang zwischen herrschaftsfreien Geschlechterverhältnissen und einer umweltfreundlichen, sozial verträglichen und demokratischen Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse gesehen, deren Gestaltung am Ende dieses Jahrhunderts im allgemeinen Menschheitsinteresse historisch ansteht. Wir wissen heute, daß die Realisierung dieser konkreten Utopie komplizierter und mit größeren Umwegen verbunden sein wird, als sich dies die Aktivistinnen des vergangenen Herbstes dachten. Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und der schlichten Übernahme bundesdeutscher Verhältnisse und Gesetze gehen auch Bedingungen verloren, die – nicht »an sich«, nicht im Staatssozialismus, aber im Zusammenhang mit veränderten gesellschaftlichen Konstellationen – durchaus wichtige Voraussetzungen für qualitative Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen hätten sein können[1]. Die Erfahrungen der letzten Monate haben aber auch deutlicher, als von den meisten »bewegten« Frauen zunächst vermutet, gezeigt, daß die Mehrheit der DDR – Frauen sich nicht qua Geschlecht diskriminiert oder benachteiligt fühlt, der autonomen Frauenbewegung mehr oder weniger ablehnend gegenübersteht und ein nicht unerheblicher Teil traditionale »Geschlechterrollen« durchaus positiv bewertet[2].

Meine These, die ich im folgenden stichpunktartig begründen möchte, lautet: *Eine spezifische Verquickung von Staatssozialismus und Patriarchat*[3] *hat nicht nur krude Formen der »Lösung der Frauenfrage«, sondern auch die Ausbildung von Verhaltensweisen von Frauen und Männern beeinflußt, die sich jetzt für den Übergang in eine »moderne Gesellschaft kapitalistisch-bürgerlichen Typs« als günstig und förderlich erweisen.*

1. Staatssozialismus ist ein Typ moderner Gesellschaft, der durch die Dominanz des politischen, bürokratisch- zentralistischen Systems gegenüber allen anderen Teilsystemen charakterisiert ist. Ein-Parteien-Herrschaft und Konzentration aller Macht in einer staatlichen Zentralgewalt sind die Formen, in denen der Widerspruch zwischen der ökonomischen und kulturellen Zurückgebliebenheit gegenüber kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften einerseits und den sozialökonomischen Zielen des »Experiments Sozialismus« andererseits bewegt, die inhärente Misere des Gesamtsystems fortlaufend verstärkt und schließlich mit dem Zusammenbruch »gelöst« wird. Dominanz des politischen Systems bedeutet in diesem Kontext: es leistet die *Repräsentation* aller anderen Teilsysteme. Dies geschieht unter »Rückgriff« auf kulturelle Formen, wie wir sie aus traditionalen Gesellschaften kennen. Wie der pater familias der vorbürgerlichen Produktionsfamilie übernimmt »die Partei« mit ihrer zentralistisch-hierarchischen Struktur und ihrem Generalsekretär als dem »Vater des Staatsvolks« an der Spitze die Funktion, im Interesse aller zu sprechen, zu wissen, was gut für alle ist, die Verantwortung für das Wohlergehen aller auf sich zu übertragen. In diesem patriarchalisch-paternalistischen Prinzip findet die politische Idee einer Gesellschaft sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit ihren geformten Ausdruck: Partei und Staat sorgen »väterlich« für Gerechtigkeit und Gleichheit. Der traditionelle »Antifeminismus« der Arbeiterbewegung, der im Staatssozialismus in Gestalt der Unterordnung der »Frauenfrage« unter die »soziale Frage« seine Fortsetzung erfährt und in der Proklamierung realisierter Gleichberechtigung als »Lösung der Frauenfrage« gipfelt, stabilisiert und reproduziert dieses Amalgam von Gleichheitsidee und Patriarchat[4].

2. Die Mischung von politischer Macht und Patriarchat im politischen Repräsentationssystem findet ihre Entsprechung, Ergänzung und Stabilisierung in den praktizierten und symbolischen Geschlechterordnungen, die die Alltagswelt der Individuen bestimmen. Traditionale geschlechterspezifische Funktionsteilungen zwischen Berufs- und Hausarbeit blieben in den 40 Jahren Staatssozialismus in der DDR unangetastet – und dies nicht allein und vielleicht nicht einmal primär aus ökonomischen Gründen. Die fast vollständige Einbeziehung der Frauen in die Berufsarbeit hat im wesentlichen zu einer Ausdehnung geschlechterspezifischer Funktionsteilungen auf die Sphäre der gesellschaftlichen Produktion geführt. Soziale Ungleichheiten, die Konzentration von Entscheidungsbefugnis-

sen in zentralen Apparaten und bei wenigen Personen wurden ideologisch verbrämt und praktisch wie symbolisch unter anderem in Geschlechterverhältnissen und Geschlechterstereotypen gelebt sowie psychisch »verarbeitet«, in die die Zweitrangigkeit des weiblichen Geschlechts quasi »selbstverständlich«, »natürlich« eingeschrieben ist. All dies zusammen bedeutet für unsere Problemstellung, daß patriarchalische Strukturen im Staatssozialismus *nirgendwo* Gegenstand kritischer Reflexion und verändernder Praxen werden können: Kritik an patriarchalischen Geschlechterverhältnissen ist unter diesen Umständen Kritik am politischen System und im weiteren Sinne an der Verfaßtheit der Gesellschaft generell. Die vehemente Abwehr von »Feminismus« in Praxis und ideologischer Kritik im Staatssozialismus ist nur aus solchen potentiell »systemsprengenden« Gefahren zu erklären.

3. Repräsentation bedeutet Entmündigung derjenigen, die repräsentiert werden, bedeutet Unterdrückung von Formen einer politischen Öffentlichkeit, in der sich eigenständige, differenzierte Interessen der Repräsentierten herausstellen, artikulieren und formieren können. Das Fehlen einer solchen Öffentlichkeit und im weiteren Sinne einer »civil society« im Staatssozialismus hat geschlechterspezifische Auswirkungen. Waren Frauen in der Neuzeit generell benachteiligt, weil sich die Konstituierung einer politischen und auch kulturellen Öffentlichkeit seit dem 19. Jahrhundert vorwiegend als Prozeß »unter Männern und als Männersache« (Karin Hausen) vollzogen hat, so ist für den Staatssozialismus eine Verstärkung dieser Tendenz festzustellen. Politik ist hier nicht nur »Männersache« in der auch für bürgerliche Gesellschaften bekannten Weise[5]: Fehlende Öffentlichkeit im Kontext der Mixtur aus politischer Repräsentation und Patriarchalismus macht es Frauen so gut wie unmöglich, Formen zu entwickeln, in denen sie selbst ihre Situation zum Gegenstand von Reflexion, Kommunikation und Praxen machen[6] bzw. die »Frauenfrage« als unverzichtbaren, legitimen Bestandteil aller politischen und kulturellen Diskurse um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums einbringen können[7]. Je mehr der »ursprüngliche Kampf um eine bessere Welt . . . zum Überlebenskampf, d.h. zum Machterhaltungskampf der herrschenden Elite (denaturiert)« (Fitze 1990: 567), desto deutlicher treten die frauenfeindlichen Züge des politischen Systems zutage. In zynischer Offenheit wird »Frauenpolitik« auf das reduziert, worauf sie – entgegen aller ideologischen Hüllen – immer schon zielte: auf die Frauen als billige Arbeitskräfte und als Gebärerinnen, die als Zugabe zu ihrer Mutterschaft die unbezahlte Reproduktionsarbeit »freiwillig« leisten. Ergänzt durch eine in den letzten Jahren immer ungehemmter geäußerte Abwertung der Effizienz von Frauen als Arbeitskräfte wie die mangelhafte Erfüllung ihrer »Mutterrolle« auf Grund ihrer Berufstätigkeit, ist das Klima vorbereitet worden, in dem nun, bei der Neuverteilung ökonomischer und politischer Macht, die männliche Dominanz – von den poli-

tischen »Schaltstellen der Macht« bis zur Kasse im Supermarkt – durchgesetzt werden kann.

4. Zur politisch-patriarchalischen Repräsentation gehört die Konstruktion einer harmonischen, von Interessenkonflikten freien Gesellschaft und einer »sozialistischen Persönlichkeit«, deren »vernünftige« Bedürfnisse »die Partei« oder »Vater Staat« kennt bzw. festlegt. Diese ideologische Konstruktion einer Gesellschaft bzw. eines idealen Menschen »als Wille und Vorstellung«, wie Bourdieu (1985: 37) es in bezug auf Klassen formuliert hat, durch die Funktionäre des Systems in Politik und Wissenschaft hatte durchaus reale Konsequenzen für Alltag und Verhaltensweisen von Frauen und Männern. Die Ignorierung unterschiedlicher Lebenslagen, Bedürfnisse und Interessen, verbunden mit nivellierender Sozialpolitik und Gleichmacherei als dem verzerrten Ausdruck der Gleichheitsidee, hat geschlechterspezifische Aspekte mit patriarchalischer Dimension: aus den abstrakten »allgemein-menschlichen« Interessen werden bestimmte von vornherein ausgespart, die »menschlichen« Interessen stellen sich bei genauerem Hinsehen als männliche heraus. Die »Erbauer des Sozialismus« sind selbstverständlich männlich; Frauen haben am Aufbauprozeß teil, indem sie »arbeiten wie ein Mann«. Honoriert noch als Mutter (möglichst von 3 Kindern) spielen Frauen als diejenigen, die den übergroßen Anteil der unbezahlten Hausarbeit leisten, im öffentlichen und veröffentlichten Bewußtsein keine Rolle. Als Hausfrauen existieren sie in der allgemeinen Idee vom »sozialistischen Menschen« nicht. Über mehrere Generationen haben Frauen in der DDR in und mit dem Widerspruch gelebt, daß von ihnen alle Leistungen und Verhaltensweisen gefordert wurden, die zur traditionalen Frauenrolle gehören, und daß zugleich von »der Gesellschaft« wesentliche Aspekte der zu dieser Rolle gehörenden Fähigkeiten und Kompetenzen ignoriert bzw. als gesellschaftlich wenig bedeutsam abqualifiziert wurden. Frauen sollten sich in traditionaler Weise »weiblich« verhalten, und zugleich wurde weder »Weiblichkeit« im herkömmlichen Sinne noch das Beharren auf der Geschlechterdifferenz im öffentlichen Bewußtsein anerkannt und honoriert – wie »die Männer« sollten Frauen arbeiten, denken, sich entwickeln usw. Diese mehrfache Abwertung dürfte bei nicht wenigen Frauen eine heimliche Sehnsucht nach dem Ausleben dieser diskriminierten Dimensionen des »weiblichen Lebenszusammenhangs« genährt haben. Nun können sich diese Sehnsüchte offen artikulieren, sie verschmelzen gegenwärtig überdies mit einer emotionalen Ablehnung all dessen, was »Sozialismus« war. Die Anziehungskraft, die »Weiblichkeit« und »Mütterlichkeit« oder auch Vorstellungen von einem Dasein ohne Berufsarbeit bei nicht wenigen Frauen plötzlich haben und die sich nicht zuletzt in einer Zustimmung von Frauen zu Miß-Wahlen, sexistischen Darstellungen von Frauen u.a. äußern, müssen meines Erachtens ursächlich zu den genannten Erschei-

nungs- und Wirkungsweisen von Patriarchat im Staatssozialismus in Beziehung gesetzt werden.

5. Repräsentation bedeutet auch – und nicht zuletzt – Entlastung der einzelnen von Verantwortung. Im patriarchalisch-paternalistischen Prinzip der politischen Repräsentation wird ein kulturelles Muster aus der Alltagswelt verallgemeinert: der Vater bzw. Mann übernimmt die Verantwortung für Kinder bzw. Frau, was ihm auch Entscheidungsbefugnis und Macht einbringt. Frauen in der DDR waren bislang eingebunden in ganztägige Berufsarbeit und die Verantwortung für Kinder und Haushalt. Diese Doppel- und Dreifachbelastungen haben ihnen kaum Raum dafür gelassen, den Fallstricken einer vormundschaftlichen Ideologie zu entgehen, die ihnen mit den sozialpolitischen Maßnahmen zur Erleichterung von Beruf und Mutterschaft frei Haus mitgeliefert wurde. In diese Ideologie ist das dankbare Akzeptieren von Abhängigkeit »eingeschrieben«. Möglicherweise haben Frauen in der DDR durch ihre – reale oder auch nur angenommene – ökonomische Unabhängigkeit die tradionale Abhängigkeit vom Ehemann partiell aufgebrochen bzw. überwunden. Aber sie sind zugleich in einer Abhängigkeit von »Vater Staat«[8] befangen, die ihnen in der Regel – wie andere Abhängigkeiten auch – nicht bewußt ist und der sie sogar zustimmen[9]. Ich vermute daher, daß hinter den Forderungen vieler Frauen nach Sicherung der sozialpolitischen »Errungenschaften«[10] *auch* eine massive Angst steht vor dem Verlust eines sozialen Netzes, durch das – entsprechend einem traditionalen kulturellen Muster – *für* sie und ihre Kinder bzw. Familien gesorgt wird. Und das ist auch eine massive emotionale Angst vor einem Zustand, in dem individuelle Verantwortungslosigkeit nicht mehr wie bisher honoriert, sondern mehr eigene Verantwortung gefordert wird. Diese, durch das Patriarchat im Staatssozialismus verbreitet erzeugten Verhaltensstrukturen machen Frauen in den aktuellen Umbrüchen zugleich anfällig für Parteien, die ihnen wieder Verantwortung abzunehmen bereit sind. Und die Erwartungshaltung, daß für Frauen, für ihre Kinder bzw. Familien gesorgt wird, ist auch durchaus funktionalisierbar für Strategien zur Regulierung von hoher Arbeitslosigkeit, Entwertung von Qualifikationen und Abschlüssen, Kürzungen von Sozialleistungen usw. Für Männer hat die bisherige »Vater-Staat-Politik« neben den besseren Möglichkeiten, die sie qua Geschlecht hatten, an der hierarchisch gestaffelten Verantwortung bzw. verwalteten Verantwortungslosigkeit zu partizipieren, auch eine teilweise Entlastung von ihrer Verantwortung für ihre Kinder und deren Mütter bedeutet. Sozialpolitische Maßnahmen, aber auch Rechtssprechung (z.B. Subjektstatus der unverheirateten Mutter, Unterhaltspflicht für geschiedene Frauen nur in Ausnahmefällen usw.) haben in diesem Sinne gewirkt. Welche Vorteile Männern das bringt beim Einstieg in die Marktwirtschaft, welche Konflikte sie möglicherweise aber auch auszutragen haben durch den größeren Druck, dem sie bei geringerem Familieneinkommen und ge-

stiegenen Bedürfnissen, bei Absinken des Lebensstandards bzw. allgemeiner Existenzunsicherheit ausgesetzt sind, ist heute kaum abzusehen. Gegenwärtig zeichnet sich ab, daß der Faktor »Sicherheit« stärker als Kitt für Ehen und Familien wirkt. Der psychische Druck, der in solchen »Notgemeinschaften« entsteht, steigert nicht nur das Aggressionspotential in der Familie, sondern wirkt generell verstärkend auf traditionale Geschlechteranordnungen.

6. Das durchgängige »Vater-Staat-Prinzip« hat seine Entsprechung in einer auffallenden Stabilität traditionaler alltagsweltlicher Gruppen. Der Mangel an Waren und Dienstleistungen, die fehlende politische Öffentlichkeit, die Entfremdung in der Berufswelt, aber auch die fehlende »Ellenbogenmentalität« auf Grund bisher nicht vorhandener Konkurrenz und entsprechender »Individualisierungszwänge« sind Ursachen dafür, daß Familie, Freundeskreise, Solidargemeinschaften usw. in einer Gestalt und mit einer Bindungskraft wirkten, die zum Beispiel in der BRD schon in den 50er Jahren brüchig wurden. Eine Folge ist die Konservierung traditionaler Strukturen, insbesondere von Geschlechterrollen und -stereotypen. Verstärkt wurde dies außerdem dadurch, daß sich die »Vater-Staat-Politik« unmittelbar in Verbesserungen von Lebensbedingungen (niedrige Preise für Grundnahrungsmittel, niedrige Mieten, Wohnungsbaupolitik, kostenlose Ausbildung usw.) sowie in egalitären sozialen Absicherungen niederschlug und dies individuell durchaus positiv erfahren und bewertet werden konnte. Die Abhängigkeit von Frauen wurde unter diesen Bedingungen auf eine spezifische Weise verstärkt: Entsprechend ihrer traditionalen »Bestimmung«, verantwortlich für die Versorgung und das Wohlergehen ihrer Familie zu sein, konnten sie die Resultate einer »Vater-Staat-Politik« als auf ihre *eigenen* Bedürfnisse gerichtet verstehen. Die vormundschaftliche Politik, die *alle* betraf und mit dem Anspruch auf die Realisierung sozialer Gleichheit verbunden war, hat einerseits die geschlechterspezifischen Differenzen verdeckt und zugleich die kulturellen Alltagsvorstellungen geschlechterspezifischer Arbeitsteilungen, Befähigungen usw., die das Leben in Familie, Solidargemeinschaft usw. normieren, befestigt. Je mehr »die« Gesellschaft als Zwang und Unterdrückung empfunden und dementsprechend die »private Sphäre« als Nische, Fluchtraum oder »Gegenwelt« bewertet und praktisch gestaltet wurde, desto weniger Raum blieb hier auch für das Artikulieren und Austragen von Konflikten in den Geschlechterverhältnissen. Die enorme Bedeutung der (erweiterten) Familie für die Sicherung des alltäglichen Lebens der Individuen schließlich hat Frauen ihre traditionale Rolle als wichtig und als Machtbereich erfahren lassen, der außerdem noch als Gegenpol zur Berufsarbeit wirken konnte, die für die meisten Frauen weniger gut bezahlt, weniger qualifiziert war, als die ihrer Männer. Hinzu kommt, daß in der Berufsarbeit eine geschlechterspezifische Arbeitsteilung ihre Fortsetzung fand und besondere Fähigkeiten und Begabungen selten gefragt und gefördert wurden. Sie wurde deshalb

weniger als »Emanzipation« denn als »Doppelbelastung« empfunden. Das zeigen auch soziologische Untersuchungen, wonach DDR-Frauen im Durchschnitt die Hälfte bis drei Viertel aller Hausarbeiten leisten und zugleich, trotz der Belastungen durch ganztägige Berufsarbeit, zu fast 60% mit der praktizierten Arbeitsteilung im Haushalt zufrieden bis sehr zufrieden sind[11]. Ich möchte an dieser Stelle abbrechen: Die hier vorgetragenen abstrakt-allgemeinen Bestimmungen, denen weitere hinzugefügt werden könnten, müßten ohnehin ihre Tragfähigkeit in empirischen Untersuchungen erweisen, in denen konkret aufzuzeigen wäre, wie soziale Ungleichheiten, wie die Verfügung über unterschiedliche »Kapitalsorten« als Unterschiede zwischen den Geschlechtern erscheinen bzw. wie eine patriarchalisch geprägte Geschlechteranordnung als Mittel der Unterscheidung und Abgrenzung zwischen sozialen Klassen im Staatssozialismus tatsächlich gewirkt hat. Dazu ist hier weder die Zeit noch verfügen wir bisher über empirische Untersuchungen, die einigermaßen abgesicherte Aussagen dazu zuließen.

Abschließend möchte ich in einigen Punkten benennen, welche Konstellationen in den Geschlechterverhältnissen ich in den Transformierungsprozessen des Staatssozialismus in einen kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaftstyp auf dem Gebiet der früheren DDR für wahrscheinlich halte.

1. Die Neuaufteilung von ökonomischen, politischen und kulturellen Machtbereichen, die damit verbundenen Möglichkeiten beruflicher Laufbahnen bzw. klein- und mittelständischer Unternehmensgründungen bei *gleichzeitiger* extremer Knappheit an materiellen Mitteln und Arbeitsplätzen wird nicht nur zu einer massiven Ausgrenzung von Frauen aus der Berufssphäre führen. Lebensbedingungen, kulturelle Wertorientierungen von Aufsteigern und Unternehmensgründern (knappe ökonomische und kulturelle Ressourcen, Leistungsethos und Triebverzicht) sind für die Konservierung von traditionalen, patriarchalisch geprägten Geschlechterverhältnissen günstig. Die – möglicherweise nur kurzfristige – verstärkte Polarisierung in Berufswelt als »Männersache« und Reproduktionssphäre als »weiblichem Raum« dürfte von den Männern und Frauen dieser aufsteigenden Schichten aus unterschiedlichen Motiven positiv bewertet und aktiv getragen werden[12]. Da zu diesen Aufsteigern auch die newcomer in den Entscheidungsgremien in Politik und Medien gehören, ist mit einer stärkeren öffentlichen Propagierung traditionaler Geschlechteranordnungen als Legitimations- und Herrschaftsmittel zu rechnen.

2. Für die »unteren« Schichten, für die »proletarischen« oder »proletarisierten« ArbeitnehmerInnen, die bei diesen Umbruchs- und Neuformierungsprozessen in aller Regel wieder die Zukurzgekommenen sein werden (hinsichtlich des Volumens und/oder der qualitativen Zusammensetzung ihres ökonomischen und kulturellen Kapitals), wird – wie bisher auch die »Geschlechterfrage« zweitrangig und »intellektuelle Spinnerei« bleiben und zugleich der Frust einer

benachteiligten Situation in rigiden patriarchalischen Geschlechterverhältnissen »abgearbeitet« werden.

3. Den erforderlichen individuell-psychischen Lern- und Anpassungsleistungen an die entstehenden sozial-ökonomischen und politischen Verhältnisse werden wahrscheinlich – abhängig auch von sozialem Status und Alter – nicht wenige Frauen und Männer nicht gerecht werden (können). Die Risiken und Benachteiligungen, die Ulrich Beck (1986) auch für kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaften beim »Übergang in eine andere Moderne« für Frauen bei der Bewältigung der »Individualisierungszwänge« sieht, sind für DDR-Frauen auf Grund der skizzierten Zusammenhänge um ein Vielfaches größer. Modernisierung wird wahrscheinlich auf absehbare Zeit auf Kosten der Mehrheit des weiblichen Geschlechts durchgesetzt werden (und möglicherweise auch mit mehrheitlicher Zustimmung der Frauen).

4. Neben dem zerrütteten politischen System waren es in den letzten Jahren auch beginnende Individualisierungsprozesse, die die Widersprüche des Systems verschärft und seinen Zusammenbruch befördert haben. Der Anteil von Frauen in den Trägergruppen dieser Prozesse (im technisch-technologischen Bereich, im tertiären Sektor, in den Wissenschaften) ist vergleichsweise hoch. Von diesen Frauen dürften sowohl die deutlichsten Ansprüche auf egalitäre Zugänge zur Berufsarbeit als auch auf ein selbstbestimmtes Leben jenseits der traditionalen Geschlechterrollen artikuliert werden. Eine gesellschaftliche Um- und Neubewertung von Haus- und Reproduktionsarbeit sowie eine Neuverteilung der in diesen Bereichen zu leistenden Tätigkeiten, und damit verbunden eine Kritik an patriarchalischen Strukturen, dürften in ihrem Interesse liegen und in der Öffentlichkeit zunehmend von ihnen getragen werden.

5. TrägerInnen der angedeuteten Individualisierungsprozesse waren und sind nicht selten in basisdemokratischen Initiativen, Bürgerbewegungen und nicht zuletzt in der Frauenbewegung aktiv. Von ihnen dürften starke Impulse ausgehen, die mit der bürgerlichen Demokratie gewonnenen Spielräume für die Entwicklung einer politischen Öffentlichkeit und vor allem einer »civil society« zu nutzen, in der sich Ansprüche auf eine sozial gerechte, ökologisch verträgliche Gesellschaft formieren können. Inwieweit diese Vorstellungen einer gegenwärtig sehr kleinen Minderheit künftig mit Erfahrungen von (ehemaligen) DDR-BürgerInnen zusammentreffen und daraus so etwas wie soziale Bewegungen entstehen, ist heute schwer zu beurteilen.

Bleibt als Fazit: Das Ende des Staatssozialismus mit seinen kollektiv wie individuell weitgehend unbearbeiteten und -verarbeiteten patriarchalischen Strukturen erfahren die DDR-BürgerInnen als Übergang in eine Gesellschaft, die auf ihre Weise durch handfeste soziale Ungleichheiten und patriarchalische Strukturen gekennzeichnet ist. Die Vorzeichen sind günstig dafür, daß dieser Übergang

unter »konservativen« Vorzeichen geschieht. Und zwar in dem Sinne, daß die »Geschlechterfrage« mehrheitlich als zweitrangig angesehen wird und für die macht- und herrschaftspolitischen Implikationen eines solchen Desinteresses kaum ein Bewußtsein vorhanden ist, das diskursfähig wäre. Dies wird wohl auch Rückschläge für das bedeuten, was von Frauen in der BRD in den letzten zwanzig Jahren errungen werden konnte.

Vor uns liegt ein längerfristiger Prozeß des Lernens von Demokratie. Dies betrifft die ehemaligen DDR-BürgerInnen in besonderer Weise, aber keineswegs sie allein. Abhängig davon, wie schnell es gelingt, die gegenwärtig umfassende Existenzunsicherheit abzubauen und den Übergang in eine moderne Gesellschaft bürgerlich-kapitalistischen Typs möglichst sozial verträglich zu gestalten, desto größer sind die Chancen dafür, daß die Demokratisierungsprozesse tatsächlich in Gang kommen und die »Geschlechterfrage« darin zu einem Thema wird, das nicht bloß Minderheiten interessiert. Und das heißt auch: die konkrete Utopie der Aktivistinnen vom Herbst 1989 bleibt auch in einem vereinigten Deutschland auf der Tagesordnung.

Anmerkungen

1 Ich denke hier z.B. an das – qualitativ unbedingt verbesserungswürdige – billige Netz der Einrichtungen zur Kinderbetreuung, an die verkürzten wöchentlichen Arbeitszeiten für Mütter mit mehr als einem Kind, an die Zahlung von Krankengeld bis zu vier Wochen jährlich für Alleinerziehende, wenn sie zur Pflege eines erkrankten Kindes zu Hause bleiben müssen, an die Verlängerungen des Babyjahres und entsprechender Zahlungen, wenn kein Kinderkrippen- bzw. -gartenplatz zur Verfügung gestellt werden kann, sowie die bisherigen Regelungen, die auf die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen und auf Sicherung der Existenz Alleinerziehender gerichtet waren.

2 Was nicht unbedingt auch heißt, daß frau dies praktisch leben will oder kann. Das ist oftmals schon wegen des knappen Familienbudgets bzw. im Falle Alleinerziehender gar nicht möglich. Arbeitslosigkeit wird in diesen Zusammenhängen zumindest ambivalent bewertet. Umfragen besagen, daß nicht wenige Frauen, die arbeitslos werden, zunächst einmal positiv werten, daß sie sich mehr um die Kinder und den Haushalt kümmern können (s. taz vom 31.7.90).

3 Ich bin mir der Unbestimmtheit und Vieldeutigkeit des Terminus »Patriarchat« bewußt und denke, daß er in der Wissenschaft nur sinnvoll ist, wenn historisch konkrete Formen und Erscheinungsweisen patriarchalischer Strukturen auf den verschiedenen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens analysiert werden. Als allgemeinen Begriff verwende ich ihn hier im Sinne von: System von sozialen Strukturen, Formen und Praxen, in denen Männer Frauen dominieren, sie unterdrücken und ausbeuten (s. Walby 1989).

4 Eine solche Stabilisierungsfunktion hat auch das kulturelle Kapital, über das die politische Macht- und Funktionärselite verfügt. Entscheidend sozialisiert in der hierarchisch straff gegliederten, auf Disziplin und Unterordnung unter die »Linie« gegründeten Partei »neuen Typus« während der Weimarer Republik oder im Faschismus bzw. als Aufsteiger aus proletarischen oder dem Proletariat nahen kleinbürgerlichen Schichten, ist für diese Eliten ein Festhalten an traditionalen Geschlechterverhältnissen charakteristisch. Ihren Geschmack, ihre Werturteile bzw. Vorurteile konnten diese Eliten zudem als »legitim« durchsetzen. Die »Präsenz der Vergangenheit in den sozialen Institutionen wie in den Akteuren« (s. Raphael 1989: 86) ist bezüglich dieser Eliten von DDR-Forschern bislang kaum untersucht. Das zur Zeit umfangreichste Material dürfte Lutz Niethammer (1990) zusammengetragen und analysiert haben, der vor einigen Jahren mit seinem Forschungskollektiv die Lebensläufe von DDR-BürgerInnen erforscht hat, ohne allerdings die genannten Eliten dabei ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken.

5 Die Tatsache, daß in der DDR der Anteil von Frauen in unteren und mittleren politischen, kommunalen und anderen Funktionen relativ hoch war, ist in erster Linie Ausweis für die reale Bedeutungs- und praktische Folgenlosigkeit solcher Funktionen im gegebenen politischen System. Der Rückgang des Frauenanteils bei den Volkskammerabgeordneten und in den kommunalen Verwaltungen nach den Wahlen 1990 zeigt an, daß mit dem »Umbruch« politische Machtpositionen (mit anderer Reichweite der Entscheidungen) neu verteilt werden und daß dieser Prozeß – auch innerhalb der Parteien – unter anderem als Ausgrenzung von Frauen verläuft.

6 Mit anderen Worten: Alltägliches Erfahrungswissen von Frauen bleibt kollektiv »unbearbeitet«, wird so – für die Frauen selbst – in seiner Mächtigkeit reproduziert und bleibt außerhalb des »öffentlichen Bewußtseins«. Die Enteignungs- und Entfremdungsprozesse, die Bourdieu generell mit dem Prozeß der politischen Delegation verbindet, haben eine geschlechterspezifische Dimension, die im Staatssozialismus quasi ins Extrem gesteigert ist: in der Sprache, in den symbolischen Formen fehlt die eigenständige »Stimme« von Frauen; Herrschaft und männliche Dominanz werden so – ohne jede Form von Korrektiv oder Widerständigkeit – legitimiert.

7 Die »Bildungsexplosion«, die in den 70er Jahren auch in der DDR stattfand und den Anstieg der beruflichen Qualifikation von Frauen in den Altersgruppen bis Vierzig auf das Qualifikationsniveau der Männer brachte, hat in dem dargestellten Kontext nicht zu einer Frauenbewegung, zu selbstbewußter Artikulation der eigenständigen Interessen von Frauen geführt. Und das Fehlen genau dieser Dimensionen kultureller Veränderungen erleichtert unter veränderten Konstellationen die Abwertung erworbener Qualifikationen von Frauen und deren Ersetzung durch Männer bei knapp werdenden Arbeitsplätzen.

8 Das schließt ein – »von außen« oft beobachtetes – Selbstbewußtsein von DDR-Frauen hinsichtlich ihrer beruflichen Fähigkeiten keineswegs aus; eindimensionale Betrachtungsweisen und Wertungen verbieten sich – wie generell in der Wissenschaft – auch in diesem Falle.

9 Selbstverständlich werden Abhängigkeiten von »Vater Staat« auch durch Wohlfahrtspolitik und Sozialstaat in kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften erzeugt. Ich denke aber, daß das – zumindest ansatzweise – Vorhandensein einer »civil society« – so entwicklungsbedürftig sie im Konkreten sein mag – Möglichkeiten für kollektive und individuelle »Gegenstrategien« eröffnet, die im Staatssozialismus aus den bisher skizzierten Ursachen nicht vorhanden sind.

10 Diese Forderungen waren vor allem in den Monaten vor der Volkskammerwahl zu hören. Je mehr sich gezeigt hat, daß von den ursprünglichen Vorstellungen, was mit der Vereinigung in ein Gesamtdeutschland übernommen werden könnte, so gut wie nichts übrig bleibt und jetzt der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen auf 60% zugeht, desto mehr sind diese Forderungen in den Hintergrund getreten bzw. verstummt.

11 Entsprechend äußerten sich in einer Untersuchung von 1988 auch 75% der Männer, während 31% der Frauen und 23% der Männer »teils/teils« als Zufriedenheitsgrad angaben. (s. Sozialreport 1990: 271)

12 Diese Schichten dürften auf ihre – spezifisch motivierte – Weise den Trend zu einer stärkeren »Formalisierung« (s. Wouters 1986) der Geschlechterverhältnisse (als Ausdruck stabilisierter Machtverhältnisse) befestigen, der in westeuropäischen Ländern in den 80er Jahren zu beobachten ist.

Literatur

Beck, Ulrich (1986), Risikogesellschaft, auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main

Bourdieu, Pierre (1985), Sozialer Raum und ›Klassen‹. Zwei Vorlesungen. Frankfurt/Main

Fitze, L.: (1990), Misere und Dilemma des realen Sozialismus: Sinn und Form 3: 555–578

Niethammer, L.: Das Volk der massenhaften Aufsteiger und ihrer Kinder: Frankfurter Rundschau vom 6. und 8.1.1990

Raphael, L. (1986), Klassenkämpfe und politisches Feld. Plädoyer für eine Weiterführung Bourdieuscher Fragestellungen in der Politischen Soziologie, in: K. Eder (Hg.), Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie, Frankfurt/Main: 71–110

Walby, S. (1989), Theorizing Patriarchy, Sociology. The Journal of the British Sociological Association 2: 213–234

Winkler, Gunnar (Hg.) (1990), Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage. Berlin (Ost)

Wouters, C.: (1986), Informalisierung und Formalisierung der Geschlechterbeziehungen in den Niederlanden von 1930 bis 1985, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3: 510–528